

Brandbrief und Antwort der Staatskanzlei nun einsehbar



Die Gemeinde Inden hat jetzt den Hilferuf an die Landesregierung und das Antwortschreiben veröffentlicht.

NALINI DIAS

Gemeinde Inden veröffentlicht nach Beschluss des Hauptausschusses den gemeinsamen Hilferuf der Fraktionen an Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) sowie das Antwortschreiben von Nathanael Liminski, Chef der Staatskanzlei. SPD übt scharfe Kritik.

INDEN Nachdem klar war, dass die Gemeinde Inden trotz enormer Anstrengungen keinen ausgeglichenen Haushalt mehr aufstellen kann und den Offenbarungseid leisten muss, waren sich die Fraktionen im Rat der Tagebaukommune einig: Gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern muss unbedingt absolute Transparenz herrschen. Deshalb beschlossen die Fraktionen im Hauptausschuss im November, dass der gemeinsame Brandbrief an Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und die Antwort des Landes, die zunächst unter Verschluss geblieben waren, nun veröffentlicht werden sollen. Im jüngsten Hauptausschuss vollzog die Gemeinde Inden diesen Beschluss und hängte beide Schreiben vom 22. Mai und 26. Juni den öffentlichen Ausschussunterlagen an.

In ihrem Hilferuf an das Land forderten die Fraktionen Unterstützung zur „Sicherstellung der kommunalen Handlungsfreiheit“ und zur „Gewährleistung eines erfolgreichen

Strukturwandels“. Damit wollte die Politik erreichen, dass das Land mit finanziellen Hilfen dafür sorgt, dass Inden in die Lage versetzt wird, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Als Antwort kam Ende Juni ein Schreiben des Chefs der Staatskanzlei, Nathanael Liminski. Beide Schreiben sind nun unter <https://ratsinfo.gemeinde-inden.de/termine> im Anhang der Hauptausschusssitzung vom 4. Dezember zu finden.

Josef Johann Schmitz (SPD) nutzte die Gelegenheit während der Sitzung und kritisierte das Antwortschreiben der Staatskanzlei harsch. Er bezeichnete Liminskis Brief als „Farce“, die nicht mehr wert sei als das bedruckte Papier. Vor allem bemängelte Schmitz, dass es weder ein persönliches Gespräch zwischen Wüst und der Gemeinde gegeben habe noch konkrete Lösungsvorschläge. Stattdessen seien leere Floskeln zu lesen. „Mit diesen Sätzen fließt kein Geld in die Gemeindekasse.“ Die konkreten Forderungen seien nicht im Ansatz beantwortet worden. Stattdessen habe sich die Situation seit dem Brandbrief noch wesentlich verschlechtert, was die Gemeinde auf Jahre ins Haushaltssicherungskonzept führe.

Gerichtet an die Landesregierung forderte er erneut, dass das Land der Gemeinde Inden auch finanziell unter die Arme greife, damit die Kommune sowohl das strukturelle Defizit als auch den Strukturwandel bewältigen könne.